

Mit uns muss man rechnen.

**DIE LINKE. Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt
Bilanz an den Landesparteitag**

Magdeburg, 14. November 2009

Liebe Genossinnen und Genossen,

gemäß den Regularien unserer neuen Partei haben die Fraktionen die Aufgabe, vor dem jeweiligen Landesparteitag einen Bericht über ihre Arbeit zu geben. Um aber auch nur im Ansatz einen Überblick über die Tätigkeit der Landtagsfraktion seit Beginn dieser Legislaturperiode zur Kenntnis zu geben, haben wir uns entschlossen, dies in schriftlicher Form zu tun.

Schon bevor diese Regularien galten, haben wir als Landtagsfraktion dem Parteitag bereits in der Vergangenheit konzeptionelle Vorstellungen zur Beschlussfassung vorgelegt, nachdem diese in verschiedenen Gremien der Partei diskutiert wurden. Darüber hinaus sind wir uns als Fraktion natürlich darüber im Klaren, dass die Rechenschaftspflicht unserer Arbeit gegenüber der Partei sich nicht auf Parteitage beschränkt, sondern durch alltägliches politisches Handeln bestimmt wird.

Neben der Entwicklung eigener konzeptioneller Vorstellungen bestand für uns in den letzten drei Jahren die Aufgabe in der Kritik und Kontrolle des Regierungshandelns, und zwar in der Funktion der Oppositionsführerin. Dies verlangte von uns, alle Politikbereiche zu beleuchten und politische Alternativen für alle Fachbereiche zu entwickeln.

Ungeachtet dieser Oppositionsfunktion bestimmen inhaltliche Schwerpunkte die Tätigkeit der gesamten Fraktion. Dazu gehören die Auseinandersetzung mit dem Landesentwicklungsplan, unser Projekt „Bildung wirkt“, unsere Diskussion zur Haushaltsstrategie des Landes, zur Entwicklung des öffentlichen Dienstes und den strukturellen Voraussetzungen der Kommunalpolitik.

Für die verbleibende Zeit der Legislaturperiode kommt nun eine neue Aufgabe hinzu: Wir wollen den Menschen in Sachsen-Anhalt deutlich machen, dass wir es besser können als die jetzige Koalition. Wir wollen den Menschen in diesem Land sagen, was wir in einer Regierung erreichen wollen und wie wir es umsetzen werden. Wir wollen den Menschen unser „Regierungsprogramm“ für die nächste Legislaturperiode in den nächsten Monaten darstellen und damit klare politische Alternativen zur jetzigen Landesregierung aufzeigen.



Wulf Gallert
Faktionsvorsitzender

Fraktionsbeschluss zum Doppelhaushalt 2010 / 2011

Die Haushaltsberatungen zum Doppelhaushalt 2010 / 2011 sind von den Auswirkungen der tief greifenden Krise gekennzeichnet. Steuermindereinnahmen beim Land von reichlich einer Milliarde 2010 und 2011 können nicht aus dem laufenden Haushalt refinanziert werden. Dazu kommen die Steuereinbrüche bei den Kommunen allein bei der Gewerbesteuer um rund 14 Prozent. Die Landtagsfraktion der LINKEN hat sich auf ihrer Klausurtagung im August 2009 mit den bis dahin vorliegenden Eckdaten zum Doppelhaushalt 2010 / 2011 und dem Strategiepapier des Finanzministers auseinandergesetzt.

Grundsätzlich diskutiert und letztlich beschlossen wurde die Notwendigkeit einer erheblichen Nettoneuverschuldung für die beiden Haushaltsjahre. Ohne diese würde es zu nicht zu verantwortenden Folgeschäden für das Land kommen. Die Feststellung, dass das Land Sachsen-Anhalt im Interesse langfristiger sozialer und ökonomischer Entwicklungen in der Krise als stabilisierender Faktor wirken muss und sich nicht prozyklisch verhalten darf, findet man im nun vorliegenden Haushaltsentwurf der Landesregierung wieder.

Die Fraktion DIE LINKE hat sich entsprechend ihrer inhaltlichen Schwerpunktsetzung des Landesparteitagsbeschlusses von 2007 entschlossen, auch in den Jahren 2010 und 2011 von einer Summe im Finanzausgleichsgesetz auszugehen, wie sie für das Jahr 2009 im Haushaltsplan 2009 eingestellt ist. Dazu sind 132 Mio. € zusätzlich notwendig, diese müssen über eine Neuverschuldung des Landes erbracht werden.

Vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung und der Gefährdung der Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes bleiben wir bei unserer Forderung eines erhöhten Neueinstellungskorridors für die nächsten beiden Jahre. Im inzwischen vorliegenden Haushaltsplanentwurf werden die Voraussetzungen geschaffen, dass in der Perspektive für alle Lehramtsstudierenden ein Platz in einem staatlichen Seminar zur Verfügung steht. Damit ist eine unserer wichtigen Forderungen, die auch in den vergangenen Haushaltsberatungen stand, annähernd erfüllt. Darüber hinaus fordern wir, die Praxis der Neueinstellungen endlich so zu gestalten, dass die Stellen, für die eine haushalterische Vorsorge bereits getroffen wurde, auch besetzt werden.

Im Bereich der Kindertagesstätten bleiben wir bei unserer politischen Forderung der Ganztagsbetreuung für alle Kinder sowie des kostenlosen Mittagessens im Bereich der Kindertagesstätten und Grundschulen. Wir müssen jedoch einschätzen, dass die derzeitige SPD-CDU-Regierung zu einem solchen Schritt weder Willens noch in der Lage ist. Sowohl im Sozialausschuss wie auch im Finanzausschuss wurde durch die Koalitionsfraktionen im Herbst 2009 der Antrag der Fraktion DIE LINKE aus dem Jahr 2008, sich für einen Bundeszuschuss zum Mittagessen in Kindertagesstätten und Grundschulen einzusetzen, als erledigt erklärt.

Auf der Klausur hatte sich die Fraktion auf die Schwerpunktbereiche der Auseinandersetzung im Bildungsbereich verständigt. Entsprechend unserer Beschlüsse aus dem Jahr 2007 wollte sich die Fraktion auf die Sicherung der Fortschritte im Bereich der Schülerförderung und der notwendigen Finanzausstattung der Hochschulen konzentrieren. Die im Hochschulbereich anfallenden Mehrkosten auf Grund der Tarifentwicklung im Jahr 2010 sollten ursprünglich durch die Hochschulen selbst erwirtschaftet werden. Auch hier gab es mit dem Entwurf des Haushaltsplanes eine Korrektur. Die Hochschulen sollen lediglich noch zehn Prozent der Personalkostensteigerung erwirtschaften. Unsere Forderung bleibt, dass die gesamten tarifbedingten Personalkostensteigerungen durch Landeszuschüsse ausgeglichen werden müssen.

Ebenfalls im Haushaltsentwurf sind die Mehrkosten für die Beförderung der SchülerInnen der Klassen 11 und 12 enthalten. Damit ist eine langjährige Forderung der PDS bzw. der LINKEN endlich so gut wie erfüllt, allerdings bleibt es bei einer Eigenbeteiligung der SchülerInnen bei 100 € im Jahr.

Die ursprünglich vom Finanzminister in die Diskussion gebrachten grundlegenden Kürzungen der Zuschüsse an die Träger der sozialen Infrastruktur sowie der Zuschüsse im Bereich der Demokratieentwicklung und des Ehrenamtes im Land sind zurückgenommen worden. Trotzdem werden wir uns in den Haushaltsberatungen genau anschauen, ob die nun geplanten Zuschüsse auf einem Niveau sind, welches das Überleben dieser Strukturen in der Krise sichert. Es wäre unverantwortlich, auf Grund der aktuellen Haushaltslage diese Infrastruktur in Sachsen-Anhalt nachhaltig zu beschädigen und damit immense Folgekosten in Kauf zu nehmen.

Die im Strategiepapier des Finanzministers enthaltenen Vorschläge zur Beteiligung Privater an den Unikliniken, die wir für inhaltlich falsch halten und die keinerlei Bezug zur aktuellen Haushaltssituation hatten, stehen für die Haushaltsberatungen nicht mehr auf der Tagesordnung.

Die Setzung eigener landesspezifischer Schwerpunkte im Bereich von Bildung und Sozialem verlangt einen kritischen Umgang mit politischen Programmen, die teilweise durch Bund oder EU finanziert werden. Hier kann es keine undifferenzierte Bestandsgarantie geben. So ist die Fortführung der Kampagne „Wir stehen früher auf“ durch die Landesregierung, finanziert mit EU-Geld und kofinanziert durch Landesgeld, nicht nachzuvollziehen. Geld aus EU- und Bundesprogrammen muss so eingesetzt werden, dass es den größtmöglichen Effekt für unser Land bringt.

Die Fraktion DIE LINKE unterbreitet in den Haushaltsberatungen Vorschläge, die zu erwartende Deckungslücke, die durch eine Nettoneuverschuldung ausgeglichen werden muss, so klein wie möglich zu halten. Trotzdem bestimmen die politisch notwendigen Ausgaben das Etatvolumen für die Haushaltsjahre 2010 und 2011, und nicht die aktuell prognostizierten Steuereinnahmen.

Arbeitskreis I:

Bürgerrechte und Inneres

Innen, Recht, Verfassung, Petitionen, Kommunales, Finanzen, Verwaltungsreform, Bürgerrechte, Demokratie, Föderalismus, Städtebau- und Wohnungswesen, Verkehr, Asyl-, Flüchtlings- und Migrationspolitik

Verschuldungsverbot: Gegensteuern!

Auf Initiative der Fraktion musste sich der Landtag wiederholt mit dem Anliegen und der Arbeit der Föderalismusreform II auseinandersetzen. Ministerpräsident und Finanzminister mussten vor dem Landtag ihre Zustimmung im Bundesrat zu einem Verschuldungsverbot der Länder angesichts der schweren Krise, in der ohne neue Schulden nicht auszukommen ist, begründen. Mit Blick auf die Koalitionsverhandlungen im Bund muss auch die Landesregierung der Forderung der Fraktion DIE LINKE zustimmen, keine weiteren Steuerersenkungen zu zulassen.

Bildungsquote statt alter Investitionsquote

Diese Forderung unserer Fraktion konnte nicht umgesetzt werden, weil es bundespolitisch nicht gewollt war. Im Landeshaushalt von Sachsen-Anhalt wird jedoch sehr wohl eine Bildungsquote ausgewiesen. Auch die anderen Fraktionen kommen zunehmend zu der Ansicht, dass Investitionen in Bildung eine Grundvoraussetzung sind, Sachsen-Anhalt als Land attraktiver zu machen.

Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit garantieren – Nachtragshaushalt eingefordert

Ausgehend vom Haushaltsabschluss 2008, in dem insbesondere Mittel für Investitionen nicht abgeflossen sind und EU-Gelder nicht abgefordert wurden, sowie den Konjunkturprogrammen I und II hat die Fraktion im Februar 2009 einen Nachtragshaushalt gefordert, der die veränderten Haushaltsansätze für 2009 berücksichtigt. Obwohl die Landesregierung und die Koalitionsfraktionen einen solchen ablehnten, brachte der Finanzminister entsprechend unserer Forderung im März 2009 den Entwurf eines Nachtragshaushaltes ein, über den im darauf folgenden Monat abgestimmt wurde.

Landesbank muss Landesbank bleiben

Angesichts der Finanzkrise, die auch einige Landesbanken erfasste, unterstützte die Fraktion DIE LINKE den Antrag der Nord/LB an die Länder Niedersachsen und Sachsen-Anhalt, einen Schutzschirm in Höhe von 30 Mrd. € für die Jahre 2009 und 2010 zu errichten. Sachsen-Anhalt stellt davon 1,65 Mrd. €. Die Fraktion hat dem Gesetzentwurf der Landesregierung zugestimmt und betont, dass sie sich zu Banken mit ausschließlich öffentlichen Trägern bekennt. Auch öffentliche Banken brauchen eine Kontrolle, hier muss die regelmäßige Berichterstattung des Finanzministers und der Nord/LB noch stärker genutzt werden.

Bruchlandung in Sachen Funktionalreform bestätigt Konzept der LINKEN zur Einheit von Funktional-, Verwaltungs- und Gebietsreform

Die Fraktion stellte 6 Anträge sowie zahlreiche kleine Anfragen zur Umsetzung der Kreis- und Gemeindegebietsreform. Forderungen der Volksinitiative „Sachsen-Anhalt 2011“ wurden durch die Fraktion parlamentarisch und außerparlamentarisch unterstützt. Die Abkopplung der Gebietsreformen von einer tief greifenden Funktionalreform hat dem Reformprozess nicht nur die Legitimation genommen, sondern auch die Kommunen auf lan-

ge Sicht zum Stillstand verdammt. Von daher resultiert unsere grundsätzliche Kritik am verabschiedeten Zweiten Funktionalreformgesetz: Die 14 Gebietskörperschaften sind zur Übertragung ganzer Aufgabenkomplexe zu kleinteilig und eine substanzielle Aufgabenverlagerung auf die Kreise bei gleichzeitiger Stärkung des Landesverwaltungsamtes ist nicht möglich. Wir sehen uns in unserer Auffassung bestätigt, dass das Parlament frühzeitig in ein solches Gesetzesvorhaben eingebunden sein und von dort der Druck zur Reform ausgehen muss. Wenn die Linksfraktion nicht wiederholt aktiv geworden wäre, hätte das Thema Funktionalreform weder in der Landesregierung noch im Landtag heute noch eine Rolle gespielt.

Statt genereller Überarbeitung erfolgten nur ständige Änderungen der Gemeinde- und Landkreisordnung

Im Rahmen der parlamentarischen Beratungen zu den mehrfachen Änderungen der Gemeinde- und Landkreisordnung hat die Fraktion etliche Anträge zur Änderung dieser Gesetze unterbreitet. Diese betrafen insbesondere Regelungen zur Stärkung der Mitbestimmungsrechte der BürgerInnen, für bessere Wirkungsbedingungen ehrenamtlicher Räte und sachkundiger EinwohnerInnen, zur Qualifizierung des Ortschaftsverfassungsrechts, zu den Kontroll- und Informationsrechten kommunaler VertreterInnen und zur Erhöhung der Mandatsplätze nach der Kreisgebietsreform. Zur Qualifizierung der Arbeit der MandatsträgerInnen und Fraktionen haben wir nachdrücklich die Forderung nach Fraktionsgeschäftsstellen gestellt. Alle Anträge wurden von den Koalitionsfraktionen abgelehnt.

Kommunalen Finanzausgleich neu regeln

Im Zusammenhang mit den Verfassungsgerichtsurteilen von Thüringen und Sachsen-Anhalt zum kommunalen Finanzausgleich hat die Fraktion mit mehreren Anträgen die Errechnung und Absicherung einer finanziellen Mindestausstattung der Kommunen gefordert. Um die Belastungen der Kreisfreien Städte und Landkreise für Leistungen der Grundsicherung nach SGB II und SGB XII auszugleichen, gab es ebenfalls entsprechende Anträge bis hin zur Forderung, die steuerlichen Berechnungsgrundlagen für die Erhebung der Kreisumlage von 80% auf 100 % zu erhöhen.

Kommunalabgabenregelungen nicht gegen die BürgerInnen

Ein Dauerthema im Landtag sind die sich aus der Umsetzung des Kommunalabgabengesetzes ergebenden Fragestellungen. Dazu hat die Fraktion Änderungsanträge zum Gesetz und Anträge zur Sicherung gleichwertiger Lebensverhältnisse im Bereich der Wasser- und Abwassergebühren, einschließlich des besonderen Herstellungsbeitrages II, zu Regelungen über großer Grundstücke sowie zu den Abwasserbeseitigungsplänen initiiert. Zahlreiche Anfragen zur mündlichen Beantwortung wurden zum Kommunalabgabenrecht gestellt.

Petitionen nutzen zur Beseitigung von Schwachstellen in der Gesetzgebung

Im Rahmen der Befassung mit Petitionen wurden die folgenden Probleme durch die Fraktion im Landtag thematisiert: Auswirkungen SGB II, Migration, Rundfunkgebührenrecht, Kommunalabgabenrecht, Umweltrecht. Dazu bezog die Fraktion zu zwei Halbjahresberichten des Petitionsausschusses im Plenum Stellung. Kritisiert wurden Schwachstellen in der jeweiligen Gesetzgebung mit dem Ziel, den Landtag für Gesetzesänderungen aufzuschließen.

Lotterie- und Glücksspielwesen zugunsten und nicht auf Kosten des Landes

In die Beratung von Lotteriestaatsverträgen, Gesetzesvorlagen zum Verkauf der Spielbanken sowie zur Eindämmung der Spielsucht wurden seitens der Fraktion Anträge, Änderungsanträge und Anfragen gestellt. Hierzu gab es zahlreiche Beratungen mit Betroffenenverbänden mit dem Ziel, Kompromisslösungen zwischen den unterschiedlichen Interessenslagen der Betreiber und den betroffenen Zielgruppen zu erreichen. Die weitere Subventionierung der Spielbanken aus dem Landeshaushalt haben wir abgelehnt.

Kommunaltouren – Bindeglied der Fraktion zur Basis

Halbjährlich organisiert die Fraktion Kommunaltouren, in denen sie sich vor Ort informieren lässt, wie sich gesetzliche Bestimmungen und Verfügungen auf die kommunale Ebene auswirken. Aus den zusammengetragenen Fakten und Anregungen erwuchs eine Vielzahl parlamentarischer Initiativen. Thematische Anknüpfungspunkte der Touren waren u.a. die Strukturreformen in der Polizei, in der Justiz, im Bereich Finanzen, die Gemeinde- und die Kreisstrukturreform, die Haushaltssituation und die Verschuldung der Kommunen. Neben diesen thematischen Touren der ganzen Fraktion gibt es weitere Kommunalbereisungen, in denen spezifische Probleme der Arbeitskreise beraten werden.

Kommunale Gemeinschaftsarbeit optimieren

In mehren Anträgen hat die Fraktion die Wirksamkeit der Pflichtzweckverbände zur Lösung der Stadt-Umlandverhältnisse zur Sprache gebracht und eine neue gesetzliche Regelung für die Stadt Halle eingefordert. Die Lebensfähigkeit dieses Oberzentrums ist unter den aktuellen Bedingungen ohne Eingemeindungen finanzstärkerer Umlandgemeinden aus dem Speckgürtel der Stadt nicht gegeben.

Öffentliches Auftragswesen transparent gestalten

Um bei Vergabeentscheidungen mehr Transparenz, Rechtssicherheit und eine höhere Qualität zu erreichen, stellte die Fraktion die Forderung nach einem einheitlichen Vergabehandbuch für Sachsen-Anhalt. Das wurde von der Landesregierung abgelehnt. Das stattdessen zusammengestellte Anwenderhandbuch als eine Vorstufe zur elektronischen Auftragsvergabe kennt keine Mindestlohnbindung und Transparenzregelungen für fairen Wettbewerb. Um Lohndumping und Schwarzarbeit einzudämmen, haben wir die Einrichtung einer VOB-Nachfolgestelle beim Baugewerbe- und Bauindustrieverband als Ersatz für die abgeschaffte Bieter- und Auskömmlichkeitsprüfung vorgeschlagen, die schließlich durch das Wirtschaftsministerium auch dort angesiedelt wurde.

PPP-Vorhaben abgelehnt

Weil es keine Nachweise für Wirtschaftlichkeitsvorteile gibt, hat sich die Fraktion gegen PPP-Vorhaben für Bau- und Modernisierungsleistungen an Schulen, Kitas und anderen öffentlichen Bauvorhaben, wie die Justizvollzugsanstalt Burg, ausgesprochen.

Stadtumbau / Wohnungswirtschaft / Immobiliengeschäfte vernünftig regeln

Die Fraktion hat für den mit der demographischen Entwicklung eng verknüpften notwendigen Stadtumbau ein Gesamtkonzept der Landesregierung eingefordert. Die Fördermittelvergabe sollte vorrangig auf die nachhaltige Stabilisierung von Stadtteilen ausgerichtet werden, um gesamtstädtische Effekte zu erzielen. Das fand keine Mehrheit. Die in Kritik stehende Praxis der Verwaltung, geplante Stadtumbaumittel kurzfristig neu einzuteilen, wird fortgesetzt. Die Fraktion hat den Verkauf landeseigener Wohnungen an Private abge-

lehnt. Der von uns geforderte Verkauf dieser Immobilien auch an öffentliche Erwerber wurde vom Finanzministerium abgeblockt. Verkäufe kommunalen Wohneigentums zur Entschuldung der Haushalte lehnen wir ab, weil die öffentliche Hand auf diese Weise ihr Mitspracherecht bei der Festlegung der Mieten und langfristig notwendige Gestaltungsmöglichkeiten im Sozialbereich verliert. Unser Beschlussantrag, dass Sachsen-Anhalt im Bundesrat die Ablehnung von börsennotierten Immobilienaktiengeschäften (REITs) bekundet, fand im Landtag keine Mehrheit.

Keine militärische Nutzung des Flughafens Leipzig/Halle

Mehrfach hat die Fraktion den Ausbau und die militärische Nutzung des Flughafens Leipzig-Halle zur Sprache gebracht. Im Rahmen der Haushaltsberatungen beantragten wir die Streichung der Mittel für den Ausbau der überlangen Startbahn Süd und die Flugvorfeld-erweiterung für besonders schwere Militärtransportflugzeuge. Die mehrfachen Falschauskünfte der Landesregierung, die von einer militärischen Nutzung des mitteldeutschen Luftdrehkreuzes nichts zu wissen vorgab, haben uns nicht davon abgehalten, unser Veto zu Truppentransporten aus den weltweiten Kriegsgebieten via Leipzig-Halle öffentlich zu machen.

Enquetekommission deckt erhebliche Defizite in der Personalentwicklung auf

Als Reaktion auf die Vorlage des Personalentwicklungskonzeptes durch das Finanzministerium hat DIE LINKE die Einsetzung einer Enquetekommission durchgesetzt. Als zentrale Frage erweist sich die Sicherung von Neueinstellungen, um den öffentlichen Dienst zukunftsfähig zu gestalten. Wenn auch unsere Forderung nach jährlich 700 Neueinstellungen nicht durchgesetzt werden konnte, so wurden Teilerfolge bei der Sicherung des Lehrer- und Polizeinachwuchses erreicht. Der vorgelegte Doppelhaushalt verschärft die Situation, wir bleiben dran.

Beamtenrecht muss schrittweise modernisiert werden

Mit der Föderalismusreform II wurde das Dienstrecht in weiten Teilen den Ländern übertragen. Um grundsätzliche Positionen der LINKEN herauszuarbeiten, gab es im November 2008 ein Arbeitstreffen der SprecherInnen für Personalfragen aus Bundestagsfraktion und den Landtagsfraktionen. Die wichtigsten Ergebnisse hat unsere Fraktion in einem Entschließungsantrag zum Beamtenrecht in den Landtag eingebracht. Unsere wesentlichen Forderungen sind: die Verbeamtungen auf den Kernbereich reduzieren, die Gleichbehandlung der Statusgruppen umsetzen, den einfachen Dienst so bald wie möglich abschaffen, die existierenden 100 Laufbahngruppen deutlich reduzieren sowie die Lebensarbeitszeit flexibilisieren. Durchgesetzt hat sich die Fraktion mit der Forderung nach erweiterter Mitbestimmung für die Bediensteten. Im Besoldungsrecht fordern wir, den Grundsatz der funktions- und verantwortungsgerechten Besoldung umzusetzen und den Leistungsgedanken besser zu verankern.

Recht der BürgerInnen auf Zugang zu Informationen gewährleisten

Die Fraktion hat in der 5. Wahlperiode - nun bereits im dritten Anlauf - dem Landtag den Entwurf eines Informationszugangsgesetzes vorgelegt, mit dem Bürgerinnen und Bürgern grundsätzlich das Recht auf Einsicht in alle behördlichen Akten und Unterlagen gegeben wird. Mit dem Gesetz sollte auch in Sachsen-Anhalt ein weiterer Schritt auf dem Weg zu einer gläsernen öffentlichen Verwaltung gegangen werden. Erst im Jahr 2007 beugte sich die Landesregierung dem ständigen Druck der LINKEN und legte einen eigenen Gesetz-

entwurf vor. Mit seiner Annahme wurde zugleich der Gesetzentwurf der Linksfraktion abgelehnt.

Die stärkste Waffe der Opposition – der Parlamentarische Untersuchungsausschuss

Auf Forderung der Fraktion DIE LINKE wurde Anfang Juli 2007 der 10. Parlamentarische Untersuchungsausschuss zur Aufklärung der Vorgänge in der Polizeidirektion Dessau eingesetzt. Dort gab es u.a. offenkundig den Versuch eines leitenden Polizeibeamten, drei Staatsschützer in ihrem Engagement im Kampf gegen Rechts auszubremsen. Die Arbeit des Untersuchungsausschusses, darin eingeschlossen die intensiven Zeugenvernehmungen und Untersuchungen, brachten bereits eine Reihe skandalöser Zustände im Bereich der Polizei und des Innenministeriums zu Tage, die auch in der Öffentlichkeit mit Unverständnis und Befremden zur Kenntnis genommen wurden.

Öffentliche Sicherheit als Bestandteil der Öffentlichen Daseinsvorsorge

Die Öffentliche Sicherheit ist für die BürgerInnen des Landes ein herausragendes Bewertungskriterium für die Öffentliche Daseinsvorsorge. Entscheidende Indikatoren für sie sind die Quantität wie auch die Qualität einer wohnortnahen Polizeipräsenz unter Beibehaltung einer relativ hohen Polizeidichte. Die Fraktion lehnt deshalb einen Personalabbau ab, der sich lediglich aus der durchschnittlichen Polizeidichte westlicher Flächenländer berechnet, und fordert mit Nachdruck, belastungsorientierte, fachliche Faktoren in die polizeiliche Personalbedarfsermittlung und in ein entsprechendes Personalkonzept einfließen zu lassen. Um die polizeiliche Präsenz auf Straßen und Plätzen für die BürgerInnen spür- und sichtbar zu gewährleisten, sind mit Blick auf die Alterspyramide bei der Polizei vorgezogene und vermehrte Neueinstellungen vorzunehmen, um junge, gut ausgebildete Polizistinnen und Polizisten im Land halten zu können. Die Fraktion anerkannte die Notwendigkeit einer Polizeistrukturereform in Sachsen-Anhalt mit dem Ziel der Stärkung der Polizeireviere und damit dem Erhalt und Ausbau der Flächenpräsenz vor Ort. Die von der Landesregierung realisierte Reform hat sie von Anfang an kritisch begleitet. DIE LINKE hält die Strukturreform für nur halbherzig umgesetzt und in vielen Bereichen bei fehlender Nachjustierung für gescheitert.

Konsequenter Kampf gegen Rechtsextremismus

Der Rechtsextremismus ist eine zunehmende Bedrohung für die verfassungsrechtliche Grundordnung sowie das demokratische Gemeinwesen auch in Sachsen-Anhalt. Eine zunehmende Zahl von Straf- und Gewalttaten, Wahlerfolge rechtsextremistischer Parteien, die Bindungskraft einer rechtsgerichteten Jugendkultur sowie die schleichende Toleranz und zunehmende Akzeptanz rechtsextremen Gedankenguts einschließlich undemokratischer und intoleranter Einstellungsmuster in weiten Teilen der Bevölkerung machen deutlich, dass Gesellschaft und Politik gemeinsam vor einer ernsthaften und ernstzunehmenden Herausforderung stehen. Die Fraktion hat deshalb unter dem Motto „Für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit in Sachsen-Anhalt“ ein Landesprogramm gegen Rechtsextremismus vorgelegt, mit dem wir ein verstärktes und konsequentes staatliches Handeln gegen Rechtsextremismus fordern und die Bürgerinnen und Bürger des Landes auffordern, sich gegen einen Rechtsruck engagiert zur Wehr zu setzen. Aufbauend auf die regelmäßig gestellten Kleinen Anfragen an die Landesregierung von Sachsen-Anhalt zum Rechtsextremismus, insbesondere zu den registrierten Straftaten im Phänomenbereich „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“, hat die Fraktion Anfang September 2009 eine Große Anfrage zur „Entwicklung des Rechtsextremismus in Sachsen-Anhalt sowie Handlungsstrategien und Gegenmaßnahmen der Landesregierung“ auf den parlamentarischen Weg gebracht. Mittels derer ist beabsichtigt, ein umfassendes Bild zur Entwicklung des Rechtsex-

tremismus in Sachsen-Anhalt zu erhalten, um dann darauf aufbauend aktuelle Handlungsstrategien, Konzepte sowie wirksame Gegenmaßnahmen im Kampf gegen Rechts für ein demokratisches Sachsen-Anhalt entwickeln zu können.

Erfolg in der Gedenkstättenarbeit

Der jahrelange Kampf der Fraktion DIE LINKE um den Erhalt der Gedenkstätte Lichtenburg in Prettin konnte endlich erfolgreich beendet werden. Mit Übernahme der Gedenkstätte in die Landesträgerschaft und der damit verbundenen Aufnahme in die Gedenkstättenstiftung des Landes Sachsen-Anhalt wird jetzt garantiert, dass das erste KZ des faschistischen Deutschlands mahndend in Erinnerung behalten wird.

Statt Streckenstilllegungen attraktiven ÖPNV organisieren

Die Fraktion forderte, Schluss zu machen mit weiteren Streckenstilllegungen bei der Deutschen Bahn AG, die von dem Konzern als Vorleistung für eine Teilprivatisierung strategisch verfolgt werden. Die finanziellen Mittel für den Ausbau der Infrastruktur und die Organisation eines angebotsorientierten schienengebundenen Personennahverkehrs sollen so eingesetzt werden, dass in Verbindung mit dem straßengebundenen ÖPNV durchgängige attraktive Reiseketten entstehen. Dazu bedarf es einer Anschlusssicherung beim Umstieg und einer angemessenen Finanzausstattung der Aufgabenträger des ÖPNV.

Migrations-, Asyl- und Flüchtlingspolitik zeitgemäß ausgestalten

In Sachsen-Anhalt leben etwa 1,9 % Menschen mit Migrationshintergrund. Die Gründe für ihr Hiersein sind vielfältig, der rechtliche Status problembeladen. Die Migrations-, Asyl- und Flüchtlingspolitik wird weitgehend von Bundesgesetzen bestimmt. Im Rahmen einer konzertierten Aktion der Linksfractionen forderten wir im September 2006 die Verabschiedung einer bundeseinheitlichen Bleiberechtsregelung und die Aussetzung aufenthaltsbedingender Maßnahmen für langjährig in der Bundesrepublik Deutschland lebende ausländische Personen (Altfallregelung). Die Fraktion favorisiert individuelle dezentrale Unterbringungsregelungen und widersetzte sich energisch der geplanten Einrichtung einer Gemeinschaftsunterkunft in den Räumlichkeiten der Zentralen Anlaufstelle für Asylbewerber und Asylbewerberinnen (ZASt) in Halberstadt. Mit dem Antrag „Zur Tätigkeit und Stellenneubesetzung des Ausländerbeauftragten der Landesregierung des Landes Sachsen-Anhalt“ ergriff die Fraktion die Initiative, die über einen langen Zeitraum hinausgeschobene Neubesetzung der Stelle der/des Ausländerbeauftragten kurzfristig zu realisieren. Die Fraktion unterstützte die Bundesratsinitiative von Rheinland-Pfalz und Berlin, Ausländerinnen und Ausländern, die seit langem ihren Lebensmittelpunkt in Deutschland haben, hier arbeiten und mit einem deutschen Lebenspartner verheiratet sind, per Grundgesetzänderung ein kommunales Wahlrecht einzuräumen. Im Rahmen des Nationalen Integrationsplanes und der Entwicklung eines Integrationskonzeptes für Sachsen-Anhalt wurde das Arbeitsfeld der Ausländerbeauftragten zur Integrationsbeauftragten umprofiliert. Um im Doppelhaushalt 2010/11 die notwendige Vorsorge für die Erledigung der erweiterten Aufgaben sachgerecht treffen zu können, verlangte die Fraktion im Sommer 2009 einen Tätigkeitsbericht der Integrationsbeauftragten.

Arbeitskreis II: Bildung und Soziales

Soziales, Kinder, Jugend, Familie, Gesundheit, Schulen, Hochschulen, Wissenschaftseinrichtungen, Kultur, Medien, Behindertenpolitik, Sport, Bevölkerungspolitik, Gleichstellung

Eine Schule für alle Kinder: individuelle Förderung und gemeinsames Lernen – unser Ziel

Die von der Fraktion in den Bildungskonvent entsandten Mitglieder der Fraktion setzen sich intensiv für die Ideen gemeinsamen kooperativen Lernens, individueller Förderung, sozialer Integration und demokratischer Teilhabe an Bildung ein. Die bisher verabschiedeten Konventempfehlungen weisen in diese Richtung. Insbesondere die Wiedereinführung des Ganztagsanspruches auf einen Kitaplatz für alle Kinder – unabhängig vom sozialen Status der Eltern – ist ein wichtiges Signal für künftige Bildungskonzepte. Die Quote der Kinder, die an Förderschulen lernen, liegt in Sachsen-Anhalt auf sehr hohem Niveau. Wir haben im Landtag mit mehreren Initiativen Entwicklungen befördert, die heute in ein erstes Handlungskonzept des Landes zur Entwicklung der schulischen Integration und in das Modellprojekt zum gemeinsamen Lernen in der Grundschule gemündet sind. Mit Anträgen zur gendersensiblen Gestaltung von Bildungsprozessen, zur Curricularreform in der Sekundarschule, zur Stärkung der Lesekompetenz, zur Entwicklung der polytechnischen Bildung und zur Berufsvorbereitung leistete DIE LINKE einen geachteten Beitrag in der Bildungsdebatte. Praxisbezug und Initiativen zur Berufsorientierung sind an zahlreichen Schulen in Sachsen-Anhalt gewachsen.

„Freie Fahrt für Bildung“

Die Kosten für die Fahrt zur Schule, die Schülerinnen und Schüler in der 11., 12. und 13. Klasse an Gymnasien, Gesamtschulen und berufsbildenden Schulen bisher aufbringen mussten, haben den Zugang zu hoher Bildung nicht selten eingeschränkt. Die Fraktion hat sich seit der ersten Wahlperiode, besonders intensiv aber am Ende der vierten und in der fünften Wahlperiode, dafür eingesetzt, die Jugendlichen von diesen Kosten zu entlasten. Ab diesem Schuljahr übernimmt das Land diese Kosten zu einem erheblichen Anteil. Bei aller Kritik an der Handhabbarkeit des diesbezüglichen Gesetzes und seiner administrativen Umsetzung wurde hier gemeinsam mit der Schülerinitiative „Freie Fahrt für Bildung“ ein deutschlandweit beachtlicher Schritt erstritten.

Ein leistungsfähiges und stabiles Schulnetz sichern

Schulfusionen und Schulschließungen, die in der demografischen Entwicklung ihre Ursache hatten, belasteten die Bildungslandschaft und die Arbeit an vielen Schulen in Sachsen-Anhalt. Die Fraktion hat sich vehement für flexible Rahmenbedingungen der Schulnetzplanung eingesetzt, die die Spielräume für kommunale Entscheidungen erweitern und die regionalen Spezifika angemessen berücksichtigen. Diese Forderungen sind eingeflossen in die Schulentwicklungsplanverordnung vom September 2008. Als erste und zunächst einzige Fraktion haben wir gefordert, die Entwicklung des Schulnetzes zu verknüpfen mit der Personalentwicklungsplanung für die Schulen. Von der Landesregierung forderten wir, dafür zu sorgen, dass auch in Zukunft eine ausreichende Zahl von Lehrkräften zur Verfügung steht.

Lehrerinnen und Lehrer für die Schulen von morgen

In den vergangenen Jahren stand angesichts sinkender SchülerInnenzahlen ein relativ großes Lehrkräftepotential zur Verfügung, wenn auch in bestimmten Fächern ein perma-

ner Mangel blieb. Diese Situation wird sich grundlegend wandeln: zahlenmäßig starke LehrerInnen-Jahrgänge scheiden aus dem Schuldienst aus, die SchülerInnenzahlen sinken bis 2020 nicht mehr gravierend und die Zahl der LehramtsabsolventInnen der Hochschulen ist zu gering. Übereinstimmend mit der GEW fordert die Fraktion seit längerem mehr Lehramts-Studienplätze, mehr Plätze in den Staatlichen Seminaren, einen erhöhten Einstellungskorridor sowie ein tragfähiges Personalentwicklungskonzept für die Schulen. Wenn auch fast zu spät, gibt es erste Erfolge. Der Entwurf des Doppelhaushalts 2010 / 2011 enthält eine Aufstockung der Staatlichen Seminare; ein Konzept zur Sicherung des Lehrkräftenachwuchses liegt zur Diskussion vor.

Hochschulen – Innovationscenter in Finanznot

Angesichts der erfreulich hohen Studierendenzahl und wachsender Aufgaben in Forschung, Weiterbildung, Wissenschaftskooperation und Wissenstransfer sind die Hochschulen in Sachsen-Anhalt unterfinanziert. Die Fraktion hat sich in den Haushaltsverhandlungen vehement dafür eingesetzt, die den Hochschulen zur eigenen Bewirtschaftung zur Verfügung stehenden Budgets zu erhöhen, um die Ausbildungskapazitäten bedarfsgerecht auszubauen und Schwerpunktbereiche, insbesondere Technologiefolgeabschätzung, Risiko- und Umweltforschung, zielgerichtet entwickeln zu können. Wir fordern, die durch tarifliche Regelungen steigenden Personalkosten an den Hochschulen vom Land nicht nur zu 90% auszugleichen, sondern zu 100% bereitzustellen. Die Fraktion hat die Proteste der Hochschulen und Studierenden gegen die Unterfinanzierung stets unterstützt und geplante, noch tiefere Einschnitte in den Wissenschaftsetat mit verhindert.

Konsequent gegen Studiengebühren

Die Gefahr, dass Studiengebühren erhoben werden, ist bei den klammen öffentlichen Kassen und Hochschulbudgets latent. Die Fraktion forderte bereits im ersten Jahr der Wahlperiode mit einer Gesetzesinitiative erneut das klare Verbot von jeglichen Studiengebühren, einschließlich Langzeitstudiengebühren, und die Beschränkung der Möglichkeiten zur Erhebung weiterer Entgelte auf Studiengänge und andere Angebote. In allen Debatten um das Landeshochschulgesetz haben wir auf diesen Forderungen bestanden. Die Tatsache, dass in Sachsen-Anhalt bis heute keine Studiengebühren auf das grundständige Studium erhoben werden, erweist sich als Vorteil für den Bildungsstandort Sachsen-Anhalt.

Forschung und Innovation stehen im Zentrum unserer Entwicklungsstrategie für Sachsen-Anhalt

Landesverband und Fraktion haben Innovation und aktive soziale Gestaltung als jenen Entwicklungspfad für das Land bestimmt, der allen Bürgerinnen und Bürgern Chancen auf eine lebenswerte Zukunft eröffnet. Innovation in Wissenschaft, Wirtschaft und Bildung hat dabei eine Schlüsselfunktion. Die Fraktion hat in diesem Sinne durch Anträge und intensive Diskussionen in den Fachausschüssen den Beschluss des Landtages „Innovationspolitik für Sachsen-Anhalt“ initiiert. Er führte zu einem Innovationsbericht des Landes und Schlussfolgerungen für die künftige Umsetzung der Innovationsstrategie. Forschung und Innovation brauchen die gezielte Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses. Die Fraktion setzte sich für die Verbesserung der Graduiertenförderung, für die Erweiterung der Möglichkeiten von Fachhochschulabsolventinnen und -absolventen, ihre wissenschaftliche Arbeit auch zur Promotion führen zu können, und für eine Stärkung des wissenschaftlichen Mittelbaus ein. Ihre diesbezüglichen Gesetzesinitiativen befinden sich in der parlamentarischen Debatte.

Solide berufliche Qualifikation sichern

Die berufliche Bildung steht in Sachsen-Anhalt vor großen Herausforderungen. Nach wie vor bleibt einer erheblichen Zahl benachteiligter Jugendlicher der Weg zu einer soliden Berufsausbildung verschlossen, die Grundlage guter Arbeit, gesellschaftlichen Wohlstands und unerlässlich für ein selbstbestimmtes Leben, für demokratisches und kritisches Engagement in der Gesellschaft ist. Andererseits stehen in den nächsten Jahren immer weniger Bewerberinnen und Bewerber für eine berufliche Ausbildung zur Verfügung. Es droht Fachkräftemangel. Wirtschaftliche Dynamik und Internationalisierung fordern eine Berufsbildung. Die Fraktion hat mit mehreren Anträgen dafür gesorgt, dass die künftige Entwicklung und Profilierung der berufsbildenden Schulen erörtert werden. Gemeinsam mit Gewerkschaften und Kammern setzt sie sich ein, spezifische Konzepte und Angebote für Jugendliche mit Benachteiligungen zu entwickeln.

Bildungspolitik im Dialog

Die Fraktion sieht im Bildungsbereich erheblichen Reformbedarf. Die derzeitige Regierung ist dazu nicht in der Lage. Umso notwendiger ist es, unsere bildungspolitischen Strategien mit vielen Bürgerinnen und Bürgern, mit den Akteurinnen und Akteuren von Bildung, Wissenschaft und Forschung offen und konstruktiv zu diskutieren. Die Fraktion hat zur Hochschulentwicklung, zur Innovation und zur Berufsausbildung Thesen sowie ein Schulpolitisches Konzept verabschiedet und öffentlich zur Diskussion gestellt. Gemeinsam mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung wurden Konferenzen zur Wissenschaftspolitik und zur Schulpolitik durchgeführt, die große Resonanz fanden. Mit der Linksfraktion im Deutschen Bundestag fand ein Workshop zur Berufsausbildung statt, ein weiterer ist noch im November d.J. geplant. Vor wenigen Tagen traf sich die Fraktion mit hochrangigen ExpertInnen aus Hochschulen, Forschungsinstituten und Wirtschaftsunternehmen, um über die künftige Innovationspolitik zu beraten. In der Reihe „DIE LINKE im Bildungskonvent vor Ort“ wurden Arbeitsbesuche und bildungspolitische Foren gemeinsam mit den Kommunalpolitikerinnen und -politikern im Landkreis Stendal, Altmarkkreis Salzwedel, Landkreis Harz, Landkreis Börde, Salzlandkreis, Landkreis Anhalt-Bitterfeld, Landkreis Wittenberg, Burgenlandkreis, Landkreis Mansfeld-Südharz, in Dessau-Roßlau und Halle durchgeführt. Darüber hinaus fanden systematische Arbeitsbesuche in Förderzentren und berufsbildenden Schulen, Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen statt. Die Aktivitäten werden in einem fachübergreifenden Projekt „Bildung und soziale Chancengleichheit“ gebündelt und im Rahmen der Internetpräsentation „Bildung-wirkt!“ vorgestellt. (www.bildung-wirkt.de)

Beratung, Hilfe und Interessenvertretung für Menschen in sozialen Konfliktlagen

In einer mehrwöchigen Tour besuchten Mitglieder der Fachgruppe Soziales verschiedene Beratungsangebote für Menschen in sozialen Not- und Konfliktlagen: Erziehungsberatungsstellen, Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen, Schuldnerberatungsstellen, Selbsthilfegruppen und Selbsthilfekontaktstellen, Frauenhäuser und andere Vereine und Initiativen. Im Anschluss daran wurde das bereits vorliegende Konzept der Kommunalen Sozialpauschale überarbeitet. Es gibt Auskunft darüber, wie sich die SozialpolitikerInnen der Fraktion die Zukunft dieser sozialen Infrastruktur hinsichtlich der Untergliederung, der Finanzierung und der Zuständigkeit vorstellen. Im November wird dieses Konzept gemeinsam mit den kommunalen SozialpolitikerInnen und vielen verschiedenen VertreterInnen der Beratungslandschaft selbst diskutiert.

Verbesserung der Angebote für Musisch-ästhetische Bildung durchgesetzt

Das Projekt „Musisch-ästhetische Bildung“ (MäBi) zeigt auf besondere Weise, dass es notwendig ist, heranwachsende Generationen verantwortungsbewusst mit europäischer Kulturtradition vertraut zu machen. Ziel des Projektes, das auf dem von der PDS 2001 eingebrachten Antrag „Kinder und Musik“ aufbaut, ist es, Kindern und Jugendlichen, die die Angebote der Musikschulen nicht nutzen können, über den Musikunterricht hinaus den Zugang zur Musik und somit zu kultureller Bildung zu öffnen und sie an das Spielen eines Instrumentes heranzuführen. Dabei sollen Kreativität und Musikalität auf individuelle Weise geweckt, entdeckt und gefördert werden. Zum Abbau von Wartelisten neuer Interessenten für das Projekt beantragte die Fraktion die Aufstockung der Landesmittel. Im Schuljahr 2007/08 musizierten in Kooperation mit 24 Musikschulen landesweit insgesamt 2.580 Schülerinnen und Schüler in 177 allgemein bildenden Schulen im Rahmen von MäBi miteinander. In einen zweiten Schritt wurde mit der Ausweitung des Projektes auf Kindertagesstätten begonnen.

Bibliotheksgesetz auf den Weg gebracht

Als erste Fraktion im Landtag brachte DIE LINKE einen eigenständigen Entwurf für ein Bibliotheksgesetz in den Landtag ein und setzte so eine zentrale Forderung der Bibliothekskonferenz Sachsen-Anhalts aus dem Jahr 2007 und der Enquetekommission des Bundestags „Kultur in Deutschland“ um, die gesetzliche Regelungen für die Bibliothekslandschaft verlangten. Kern des Gesetzentwurfes ist die Definition von Öffentlichen Bibliotheken als Bildungseinrichtung und unverzichtbarer Bestandteil der sachsen-anhaltischen Kulturlandschaft. Auch, um weitere Bibliotheksschließungen zu verhindern, macht der Gesetzentwurf das Vorhalten Öffentlicher Bibliotheken für die kommunalen Träger zur Pflichtaufgabe, die allen Bürgerinnen und Bürgern das Recht auf gut erreichbare Bibliotheken gewährleistet. Angesichts der komplizierten Haushaltslage der kommunalen Träger wird die Möglichkeit eröffnet, Fördermittel des Landes für den Auf- und Ausbau leistungsfähiger Bibliotheken und deren Vernetzung, für das Angebot innovativer Dienstleistungen sowie zur Aktualisierung des Bestandes einzusetzen. Für Kinder und Jugendliche soll die Nutzung der Bibliotheken unentgeltlich sein.

Landesmittel für Theater und Orchester gesichert

Der Linksfraktion ist es - gemeinsam mit den anderen Fraktionen – gelungen, die Landesfördermittel für die Theater und Orchester auf gleichem Niveau zu belassen, wie in den Haushaltsjahren zuvor. Somit konnten tiefe Einschnitte in die Theaterlandschaft verhindert und im Rahmen der öffentlich-rechtlichen Verträge Planungssicherheit bis 2012 gegeben werden. Von der Landesregierung haben wir ein Entwicklungskonzept für die Theater- und Orchesterlandschaft eingefordert.

Kulturelle Daseinsvorsorge auf die politische Tagesordnung geholt

Die jüngste Kreisgebietsreform, das Absinken öffentlicher Gelder und die anhaltende negative demographische Entwicklung waren für die Fraktion Anlass, die kulturelle Daseinsvorsorge im Land zu hinterfragen. Thematisiert wurden insbesondere die Entwicklung der Bibliotheken, Kunst- und Kulturangebote für Kinder und Jugendliche, die Entwicklung der Musikschulen, die Möglichkeiten künstlerischer Ausbildungen sowie der Stand der soziokulturellen Arbeit. Die Landtagsdebatte zur Großen Anfrage machte deutlich, dass es in den kommenden Jahren mehr denn je darauf ankommen wird, die vorhandenen Fördermittel effektiv einzusetzen und die Finanzierung von überregional bedeutenden Kultureinrichtung auf breitere Schultern zu verteilen.

Öffentlich-rechtlicher Rundfunk - was alle brauchen muss öffentlich-rechtlich bleiben

Die Fraktion hat ihr medienpolitisches Agieren konsequent daran ausgerichtet, den Öffentlich-rechtlichen Rundfunk zu stärken. In den Abstimmungen zu den Rundfunkstaatsverträgen haben wir deutlich gemacht, dass der Öffentlich-rechtliche Rundfunk solidarisch finanziert werden, dass dieser Rundfunk staatsfern bleiben muss und dass nicht über die Höhe der Rundfunkgebühr in die Programmautonomie der Sender eingegriffen werden darf. Das hielt uns jedoch nicht davon ab, kritisch mit dem MDR umzugehen, ihn an seinen Sendeauftrag, an Sparsamkeit und einen effektiven Mitteleinsatz zu erinnern.

Behindertenpolitik zeitgemäß gestalten

In der Behindertenpolitik brachte DIE LINKE als einzige Fraktion wesentliche Themen in den Landtag ein. Die Aufforderung an die Landesregierung, die UN-Konvention über die Rechte behinderter Menschen schnellstmöglich zu ratifizieren, fand die volle Unterstützung des Landtages. Ende 2010 wird es eine Berichterstattung der Landesregierung geben, welche Resultate bei der Umsetzung der Konventionsempfehlungen erzielt wurden. Die konkreten und abrechenbaren Vorschläge der Fraktion zum „Aktionsprogramm Barrierefreies Sachsen-Anhalt“ haben dazu geführt, dass erstmalig alle Ressorts umfänglich und konkret im Ausschuss berichteten. Unsere Vorschläge wurden dann zwar durch eine unverbindlichere Beschlussempfehlung der regierungstragenden Fraktionen ersetzt, mit dieser Debatte haben wir im Land jedoch einen Schritt in die richtige Richtung gemacht. Mit zwei Großen Anfragen zur Behindertenpolitik haben wir dafür gesorgt, dass die Diskussion über einen Paradigmenwechsel in der Eingliederungshilfe hin zum Persönlichen Budget und zur integrativen Beschulung sehr konkret geführt werden konnte. Bei allen Lücken in den Antworten ist dennoch festzustellen, dass Bewegung in die Behandlung dieser Themen kommt und die Landesregierung diesen Forderungen der Behindertenverbände nachzukommen beginnt.

Gesundheitspolitik: Ärztemangel überwinden, Versorgung im ländlichen Raum sicherstellen

Im Mittelpunkt unserer Bemühungen in der Gesundheitspolitik auf Landesebene standen Fragen der Chancengleichheit aller Bürgerinnen und Bürger des Landes bei der gesundheitlichen Versorgung. Als wichtigen Bestandteil der Öffentlichen Daseinsvorsorge stellten wir die ambulante medizinische Versorgung und Wege zur Überwindung des Ärztemangels in den Mittelpunkt zweier gesundheitspolitischer Konferenzen. Mit dem Antrag „Bedarfsplanungsrichtlinien und ärztliche Versorgung im ländlichen Raum“ haben wir Landesregierung und Öffentlichkeit für Wege zur Veränderung der unbefriedigenden Situation sensibilisiert.

Kinder-, Jugend- und Familienpolitik bei der Linksfraktion in guten Händen

Die Fraktion ist auf vielfache Art zum Thema Kinder-, Jugend- und Familienpolitik im Landtag aktiv geworden. Nach dem gescheiterten Volksentscheid zur Kinderbetreuung hat die Fraktion bereits 2006 einen eigenen Gesetzentwurf eingebracht, mit dem der Ganztagsanspruch für alle Kinder, unabhängig von Einkommen und Status der Eltern, wieder eingeführt werden sollte. Per Antrag zur Geschäftsordnung des Landtages wollten wir dem Landesjugendhilfeausschuss mehr Mitspracherechte in kinder- und jugendpolitischen Angelegenheiten geben. Mit mehreren Anträgen wurden Strategien gegen Kinderarmut im Landtag thematisiert und eine Aktuelle Debatte zum Armuts- und Reichtumsbericht des Landes initiiert. Über Selbstbefassungsanträge und eine Vielzahl Kleiner Anfragen hat sich die

Fraktion bemüht, die aktuellen Probleme des Kinder- und Jugendschutzes im Landtag zur Sprache zu bringen. Im September 2008 führte die Fraktion eine Fachtagung zum Thema Kinderarmut durch, die großes Interesse fand. In den Verhandlungen über ein neues Finanzausgleichsgesetz kämpfen wir darum, die Jugendpauschale weiterhin als zweckgebundene Ausgabe zu erhalten.

Arbeitskreis III:

Wirtschaft und Landesentwicklung

Wirtschafts- und Landwirtschaftspolitik, Beschäftigungspolitik, Arbeitsmarktpolitik, ArbeitnehmerInnenrechte, Gewerkschaftspolitik, Tourismus, Raumordnung, Umwelt und Naturschutz, Forst, Verbraucherpolitik, Europa

Der neue Landesentwicklungsplan – Herausforderung für die ganze Fraktion

Die Fraktion erklärte im Jahr 2008 die kritische Begleitung der Aufstellung des neuen Landesentwicklungsplans, welcher bis Ende 2010 vorliegen soll, zu einem zentralen Anliegen ihrer Arbeit. Sie machte dabei die Sicherung der Öffentlichen Daseinsvorsorge, die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse und die konsequente Durchsetzung des Nachhaltigkeitsprinzips bei der Raumentwicklung zu Eckpunkten ihrer Betrachtungen. Davon ausgehend hat sie einen alternativen Vorschlag zur räumlichen Gliederung der Öffentlichen Daseinsvorsorge in Sachsen-Anhalt in die öffentliche Diskussion eingebracht. Keine Region des Landes darf aufgegeben werden und in eine Abwärtsspirale aus Abwanderung, Kaufkraftverlust, negativer Wirtschaftsentwicklung und Rückzug des Staates geraten. Dazu bedarf es mehr Ober- und Mittelzentren als im Entwurf der Landesregierung vorgesehen. Wir forderten, konsequent von der realen Lebenssituation der Menschen auszugehen und das Prinzip durchzusetzen, alle Angelegenheiten durch die Inanspruchnahme öffentlicher Nahverkehrsangebote regeln zu können. Mit dem Konzept des Grundzentralen Versorgungsraumes verfügt DIE LINKE vor dem Hintergrund der neuen Gemeindestrukturen über den zukunftsfähigeren Ansatz für die Gewährleistung der Daseinsvorsorge als die Landesregierung. Die Fraktion hat ihr „Leitbild zur räumlichen Gliederung der Öffentlichen Daseinsvorsorge in Sachsen-Anhalt“ auf Landesparteitagen vorgestellt und mit entsprechenden Veröffentlichungen eine breite öffentliche Diskussion darüber ausgelöst. Unsere Vorstellungen haben einen positiven Widerhall gefunden und bezüglich der Zentralen Orte die Landespolitik bereits nachweisbar beeinflusst. In Vorbereitung der Aufstellung des Landesentwicklungsplans wurden eine Große Anfrage zur Raumentwicklungspolitik in Sachsen-Anhalt an die Landesregierung gestellt und Anträge zum Flächenmanagement bzw. zur deutlichen Verminderung der Flächenneuversiegelung sowie zur Veränderung der Bezugsbasis für die Bevölkerungsstatistik eingebracht.

Natürlichen Reichtum und Natur des Landes erhalten

Es war und ist ein Anliegen unserer Fraktion, den natürlichen Reichtum und die Vielfalt der Natur unseres Landes auch für nachfolgende Generationen als Grundlage und Bedingung des gesellschaftlichen Lebens zu erhalten. Parlamentarisch und außerparlamentarisch unterstützten wir gemeinsam mit der niedersächsischen Linksfraktion die Aktivitäten zur Schließung des Atommüllendlagers Morsleben. Per Selbstbefassungsantrag thematisierten wir den umweltverträglichen und kofinanzierten Hochwasserschutz in Sachsen-Anhalt. Die Fraktion hat sich gegen den Bau eines Staudammes im Selketal ausgesprochen und beantragte die Ausweisung des Biosphärenreservats Gipskarst Südharz auf der Grundlage der UNESCO-Beschlüsse. Kritisch begleiten wir die Entwicklung des Ländergrenzen

überschreitenden gemeinsamen Nationalparks Harz. Mit Sorge erfüllen uns fehlende Monitorierungsprojekte für die NATURA-2000-Gebiete, die unzureichende Finanzierung von Naturschutzpflegemaßnahmen und die Gefährdung des UNESCO-Status des Biosphärenreservats Mittelelbe durch mangelhafte Personalausstattung. Wiederholt haben wir die Umsetzung der europäischen Wasserrahmenrichtlinie eingefordert und setzten uns dafür ein, dass das Land eigene Standards im Umweltrecht setzt und Schluss macht mit der Politik der schleppenden Umsetzung der umweltrechtlichen EU- und Bundesvorgaben. Die seit 2007 vorgenommenen und für 2010 geplanten weiteren 20%igen Kürzungen bei der Finanzierung der Umweltverbände gefährden deren Arbeitsfähigkeit. Wir bemühen uns hier um Schadensbegrenzung.

Wirtschaftspolitik wirksam und nachhaltig

Wirtschaftspolitisch haben wir uns auf Aktivitäten konzentriert, die auf eine selbsttragende wirtschaftliche Entwicklung in Sachsen-Anhalt gerichtet sind. Wir gehen davon aus, dass jetzt die Weichen hin zu einem sozial-ökologischen Umbau gestellt werden müssen, um eine grundlegende Erneuerung des Kapitalstocks für eine Wirtschaft zu erreichen, bei der die Ressourceneffizienz schneller steigt als die Arbeitsproduktivität und in der wirtschaftliche Prozesse auf eine nachhaltige Weise mit Naturprozessen und Naturressourcen verbunden sind. Mit diesen Prämissen haben wir von der Landesregierung ein Maßnahmenpaket eingefordert, mit dem durch die Anpassung der Förderkonditionen die Probleme der Wirtschafts- und Finanzkrise überwunden werden können und eine Antwort auf die veränderten Bedingungen der EU-Strukturfondsförderung ab 2013 gegeben wird. Trotz geringer werdender Fördermittel im Bereich der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) und der EU-Strukturfonds verfolgen wir konsequent einen nachhaltigen Entwicklungspfad. Das perspektivisch ausgerichtete Förderszenario soll bereits in die Beratung des Doppelhaushalts 2010/2011 einfließen.

Innovationspolitik für Sachsen-Anhalt ausweisen

Die Zukunft Sachsen-Anhalts hängt erheblich von weiteren Fortschritten bei der Verbindung von Wissenschaft und Wirtschaft und der Verfügbarkeit qualifizierter Ingenieure und Wissenschaftler ab. Das Land braucht eine dem Strukturwandel angepasste Innovationspolitik. In Umsetzung des Leuna-Parteitagbeschlusses stand deshalb die Innovationsfähigkeit des Landes im Zentrum vieler Aktivitäten der Fraktion. Ausgangspunkte waren für uns die Nachhaltigkeit und das Wachstum von Innovationspotenzialen in Regionen und Unternehmen des Landes. Unsere parlamentarischen Aktivitäten zielten auf eine höhere Wirksamkeit der Instrumente und Rahmenbedingungen der Innovations- und Regionalpolitik zur Entwicklung und Förderung von Innovationssystemen und -clustern. Wir haben von der Landesregierung ein darauf ausgerichtetes Innovationskonzept gefordert und auf eine dem Strukturwandel angepasste Bildung und Qualifizierung gedrängt. Von der Landesregierung haben wir die Vorlage eines Innovationsberichts gefordert, der insbesondere Auskunft gibt über die Perspektiven und Entwicklungschancen von Nachwuchskräften, die Schaffung von Rahmenbedingungen für den Auf- und Ausbau von wettbewerbsfähigen Standorten für Forschung und Entwicklung, die Herausbildung von Kooperationen und Netzwerken von Unternehmen, Hochschulen sowie Bildungs- und Forschungseinrichtungen und die Entwicklung des Unternehmens- und Innovationsmanagements in technologieorientierten Unternehmen.

Innovationen in der Landwirtschaft befördern

Die Fraktion spricht sich dafür aus, dass in den neuen Bundesländern eine leistungsfähige und im internationalen Wettbewerb sichtbare Agrarfakultät als Kern eines interdisziplinären

Netzwerkes angrenzender Wissenschaftsbereiche eingerichtet wird. Für die Entwicklung einer solchen Fakultät sieht sie in Halle entsprechende Anknüpfungspotenziale. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass mittelfristig der Aufbau einer agrar- und ernährungswissenschaftlich geprägten Fakultät an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg erfolgen kann und alle Voraussetzungen geschaffen werden, die eine Entwicklung der Agrar- und Ernährungswissenschaften an diesem Standort befördern.

Unterstützung von Klein- und mittelständischen Unternehmen

Nach wie vor ist der Zugang zu Finanzmitteln eines der größten Gründungshindernisse für junge Unternehmen im Land. Notwendig ist es vor allem, die beschränkten Finanzierungsmöglichkeiten für Existenz- und Unternehmensgründungen aufzubrechen. Neben der Verringerung der ausgeprägten Eigenkapitalschwäche käme es vor allem darauf an, die eingeschränkten Möglichkeiten zum Erhalt von Zuschüssen in der Strukturfondsförderperiode ab 2007 durch Maßnahmen des Landes zu kompensieren. Unsere Anträge, die Lage von Existenzgründern mit Mikrodarlehen unter Verwendung von Mitteln des Europäischen Sozialfonds zu verbessern, wurden jedoch von der Landesregierung abgelehnt.

Kommunale Unternehmen stärken

Die kommunale Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik ist für viele Städte und Gemeinden ein wichtiges Standbein zur Sicherung der Öffentlichen Daseinsvorsorge und zum Erhalt von Arbeitsplätzen in der Region. Unsere Vorschläge zur Änderung der Gemeindeordnung zielten darauf, Überregulierungen zwischen der Gemeindeordnung Sachsen-Anhalts und dem übergeordneten Rechtsrahmen (EU-Binnenmarktrichtlinien, Energiewirtschaftsrecht) abzubauen und so den kommunalen Unternehmen die gleichberechtigte Teilhabe am Wettbewerb zu ermöglichen. Damit sollte ein Beitrag zur Sicherung wettbewerbsfähiger Arbeitsplätze und zum Erhalt und Ausbau regionaler Wirtschaftsverflechtungen in Sachsen-Anhalt geleistet werden. Die Landesregierung hat die Vorschläge bisher nur halbherzig berücksichtigt.

Mindestlohn gegen Lohndumping erkämpfen

Für DIE LINKE ist eine sozialversicherungspflichtige und existenzsichernde Entlohnung für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie für die Entwicklung der Binnenkonjunktur von entscheidender Bedeutung. Im Mai 2006 gründete sich das Landesbündnis für Mindestlohn in Sachsen-Anhalt, in dem die Fraktion aktiv mitwirkt. Wir haben flächendeckend Diskussionsrunden angeboten, Konferenzen zum Mindestlohn organisiert und regelmäßig über die Arbeit des Bündnisses informiert. Im Zentrum mehrerer parlamentarischer Aktivitäten stand der Kampf gegen Lohndumping, prekäre Beschäftigung und für die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes, der die Menschen vor der Armutsfalle bewahrt, von der in Sachsen-Anhalt 11% der Bevölkerung mit ca. 110.000 Beschäftigten bedroht sind. Wir haben die Landesregierung aufgefordert, sich öffentlich gegen Lohndumping auszusprechen und keine Aufträge an Firmen zu vergeben, die Menschen zu sittenwidrigen Löhnen arbeiten lassen.

Arbeits- und Lebensbedingungen verteidigen

Mit der Ausweitung des Niedriglohnsektors und des Lohndumpings haben sich die Arbeitsbedingungen der abhängig Beschäftigten systematisch verschlechtert. Längere Arbeitszeit, unbezahlte Mehrarbeit, Kürzung des Urlaubsanspruchs und Verringerung bzw. Streichung von Urlaubsgeld und Weihnachtsgatifikationen sind konjunkturschädliche Folgen. Als einzige Fraktion haben wir diese Probleme regelmäßig im Landtag zur Diskussion

gestellt. Die Aktuellen Debatten, Anträge und Anhörungen im Wirtschaftsausschuss umfassten die Themen: „Soziale Spaltung der Gesellschaft - Gefahr für die Zukunftsfähigkeit Sachsen-Anhalts“, „Keine Abstriche an geltenden Arbeitnehmerrechten zulassen“ oder die „Sicherung guter Arbeitsbedingungen in Sachsen-Anhalt“. Wir haben für mehr Demokratie und für einen verbesserten Kündigungsschutz in den Unternehmen in Sachsen-Anhalt gestritten, die selbstverständliche Umsetzung des Betriebs- und Personalrechts gefordert und haben uns für die Verkürzung des Einsatzes von ZeitarbeiterInnen stark gemacht. Kurzarbeit darf es nur für Unternehmen geben, die wirklich in Not geraten sind. Dazu haben wir Anträge gestellt und Anhörungen von Unternehmen und Betriebsräten im Wirtschaftsausschuss durchgesetzt. Die Fraktion hat sich für den Postmindestlohn, das Briefmonopol der Post, den Erhalt des Ladenschlussgesetzes, die Sicherung der Arbeitsplätze bei der Telekom und die Sicherung des vereinbarten Mindestlohnes bei den Beschäftigten am Bau eingesetzt. In Zusammenarbeit mit den Betriebs- und Personalräten sowie den Einzelgewerkschaften haben wir im März 2009 eine erfolgreiche Betriebs- und Personalrätekonferenz durchgeführt.

Hartz IV: Kreiseinheitliche Regelungen in der Arbeitsmarktpolitik

Hartz IV ist ein sozialpolitischer Holzweg – er drängt Menschen in Ein-Euro-Jobs, statt ihnen eine berufliche Perspektive zu eröffnen. Arbeitslosigkeit ist vor allem auf fehlende Arbeitsplätze zurückzuführen. Die Fraktion tritt vehement dem diffamierenden Generalverdacht entgegen, Hartz-IV-Empfänger würden nicht arbeiten wollen, und bemüht sich darum, die Probleme der Arbeitslosen und Hartz-IV-Empfänger zu mindern. Wir setzten uns im Vollzug der Kreisgebietsreform dafür ein, dass die ohnehin schon schwierige Umsetzung des SGB II durch unterschiedliche Zuständigkeiten für die Betroffenen nach Herkunftskreisen nicht noch weiter verkompliziert wird, und forderten kreiseinheitliche Regelungen in der Arbeitsmarktpolitik.

Erneuerbare Energien auf den Vormarsch bringen

Die Fraktion hat sich kritisch mit dem Energiekonzept der Landesregierung auseinandergesetzt, in dem stark auf fossile Energieträger und sogar auf Atomenergie gesetzt wird. Unser klares „Nein“ zu den Plänen, bei Arneburg ein Steinkohlekraftwerk zu bauen, war also nur folgerichtig. DIE LINKE hat sich stattdessen für den Ausbau erneuerbarer Energien im Land ausgesprochen, weil dieser die regionale Wertschöpfung fördert und aus Gründen des Klimaschutzes von besonderer Dringlichkeit ist. In unseren Anträgen haben wir die Landesregierung aufgefordert, selbst energiepolitische Maßnahmen zum Energiesparen und zur Nutzung erneuerbarer Energien zu ergreifen. Ebenso haben wir uns dafür eingesetzt, auch im Bereich der Wärmeversorgung mehr auf „erneuerbare“ Energiequellen zu setzen. Bei den Kommuntalreisen besuchten wir regelmäßig Stadtwerke, denn sie spielen eine besondere Rolle bei der Daseinsfürsorge, zu der auch die Versorgung mit bezahlbarer und umweltfreundlicher Energie zählt. Im Parlamentarischen Beirat für erneuerbare Energien nutzten wir die Diskussionen zum Landesentwicklungsplan, um mit Akteuren neue Ansätze für parlamentarische Initiativen zu beraten.

Parlamentarischen Untersuchungsausschuss zur illegalen Müllentsorgung gefordert

Im Frühjahr 2008 wurde bekannt, dass in Sachsen-Anhalt in Tongruben und Deponien Müll illegal entsorgt wurde. DIE LINKE forderte die Einsetzung eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses, um zu klären, ob und wie das Handeln der verschiedenen Verwaltungsebenen dieses illegale Tun ermöglicht oder begünstigt hat. Nach gut einem Jahr beharrlicher Arbeit ist deutlich, dass mangelnde Aufsicht, Kompetenzgerangel und

Regelungsdefizite begünstigend auf die nicht ordnungsgemäße Verbringung und Lagerung von Abfällen in einigen Gruben, Deponien und Tagebauen in Sachsen-Anhalt gewirkt haben.

EU-Politik zum Wohle des Landes gestalten

Die großen Themen in der Europapolitik waren der Lissabon-Vertrag, die EU-Dienstleistungsrichtlinie, die EU-Strukturfonds sowie die „Europatauglichkeit des Landtages“. Als einzige Landtagsfraktion haben wir den Lissabon-Vertrag aufgrund seiner Artikel zur Aufrüstung und zum „freien und unverfälschtem Wettbewerb“ abgelehnt und die Ablehnung des Vertrags durch die Landesregierung im Bundesrat beantragt. Darüber hinaus hat die Linksfraktion aufgrund des Verfassungsrangs des Lissabon-Vertrages eine Volksabstimmung über den Vertrag gefordert. Die EU-Dienstleistungsrichtlinie lehnte die Fraktion ab, weil mit ihr jegliche Hemmnisse für die Dienstleistungserbringung im europäischen Raum abgebaut werden und daraus eine Bedrohung für die sozialen und gesellschaftlichen Standards und Errungenschaften im Land resultiert. Zur Abschätzung der Folgewirkungen haben wir im Landtag eine Anhörung der Kommunen initiiert. Mit verschiedenen Anträgen haben wir uns um eine Schadensbegrenzung bei der notwendig gewordenen Umsetzung der Richtlinie bemüht. In einer Großen Anfrage haben wir von der Landesregierung eine Evaluation der EU-Strukturförderperiode 2000 - 2006 gefordert. Wir stehen der vorgelegten Bewertung kritisch gegenüber, weil das Indikatorensystem nicht hinreichend aussagefähig ist in Bezug auf die Nachhaltigkeit der Fördermaßnahmen, insbesondere hinsichtlich der Schaffung von Arbeitsplätzen. Den Beginn der neuen Förderperiode sehen wir kritisch, weil die Programme zu spät angelaufen sind und es Verzögerungen bei der Ausgestaltung der nachgelagerten Landesförderrichtlinien gibt. In Sachen Beteiligung und Mitsprache des Landtages, der so genannten „Europatauglichkeit“, haben wir die Landesregierung mehrfach zu einer besseren Kooperation mit den Landtagsabgeordneten angehalten. Wir fordern die frühzeitige Einbeziehung des Landtages in die Diskussion geplanter EU-Rechtssetzungsvorhaben.

Ländlicher Raum und nachhaltige Entwicklung der Landwirtschaft

Die Entwicklung der Ländlichen Räume bildet seit mehreren Jahren einen Schwerpunkt in der Arbeit der Fraktion. Im Kern ging und geht es um die Schaffung gleichwertiger Lebensbedingungen im ganzen Land und die Sicherung einer entsprechenden Daseinsvorsorge in den peripheren Bereichen der Ballungszentren. Dabei ist die Land- und Forstwirtschaft von zentraler Bedeutung. Die Fraktion hat sich stets für eine wirtschaftliche Stabilisierung in diesen Bereichen eingesetzt. Sie kann dabei auf parlamentarische Initiativen verweisen, die auf eine nachvollziehbare und für die Landwirte annehmbare Milchpreisentwicklung orientierten und eine Flächenverwertung der BVVG forderten, die den Interessen ortsansässiger landwirtschaftlicher Unternehmen und damit auch der Entwicklung regionaler Wirtschaftskreisläufe im Ländlichen Raum nicht zuwiderläuft. Dazu zählt auch die Entlastung der Landwirtschaft von einer ungerechtfertigten Besteuerung von Biodieselmotoren.

Trennung von hoheitlichen und wirtschaftlichen Aufgaben in der Forstverwaltung ist Fehlentwicklung

Bei der Forstpolitik ging es uns um die Umsetzung einer nachhaltigen Forstwirtschaft, die Beschäftigung sichert und schafft sowie die Schutz-, Nutz- und Erholungsfunktion des Waldes sichert und voranbringt. Bei allen Verwaltungs- und forstwirtschaftlichen Maßnahmen hat sich DIE LINKE immer davon leiten lassen, was für das Ökosystem Wald lebenswichtig ist, welche Erfordernisse für die Politik und Gesellschaft daraus erwachsen und

welche forstpolitischen Ziele von daher kurz-, mittel- und langfristig abzustecken sind. Vor diesem Hintergrund haben wir in einem Antrag einen ablehnend kritischen Standpunkt zur Forststrukturreform von 2006 bezogen und uns für den Erhalt der Einheitsforstverwaltung ausgesprochen. Wir meinen, dass die vorgenommene Trennung von wirtschaftlichen und hoheitlichen Aufgaben langfristig gravierende negative Folgen haben wird. Die jetzige Forststruktur bedeutet ein Mehr an personellem Aufwand für Organisation und Verwaltung, während qualifiziertes Personal vor Ort im Wald benötigt wird. Mehrfachzuständigkeiten und räumlich größere Entfernungen bzw. zu große Reviere haben zwangsläufig zur Folge, dass die Verwaltung zunehmend fachlich zersplittert und waldfern arbeitet. Dies schadet dem Wald und gefährdet den dringend benötigten Bestand an gut ausgebildeten und erfahrenen WaldarbeiterInnen bzw. Forstleuten. Mit unseren Initiativen rangen wir darum, Waldbesitz in öffentlicher Hand im Eigentum des Landes bzw. der Kommunen zu halten.

Reisen bildet: Tourismus barrierefrei gestalten und für alle gewährleisten

Im Politikfeld Tourismus setzt sich DIE LINKE vor allem für das Segment „Sozialtourismus“ ein. Indem wir das Konzept „Reisen für alle“ und einen barrierefreien Zugang zum Tourismus für Menschen mit Behinderungen sowie vor allem auch für sozial benachteiligte Kinder und Jugendliche zielstrebig verfolgten, haben wir uns hier ein Alleinstellungsmerkmal erworben. Tourismus und Reisen, die Berührung mit anders lebenden und fühlenden Menschen, mit anderen Kulturen, sowie andere Regionen und Länder kennen zu lernen, sind gerade für junge Menschen auch eine nachhaltige Schule für Akzeptanz und Toleranz und eine Frage der Bildung. Vor diesem Hintergrund betrachten wir geförderte Klassenfahrten, staatliche Zuschüsse bei Urlaubsreisen für sozial benachteiligte Familien u.ä. nicht als Missbrauch von Leistungen, sondern als Umsetzung eines gesellschaftlichen Bedürfnisses.

Fraktionsgeschäftsstelle: Arbeit profiliert

Der Bereich Geschäftsstelle der Fraktion hat sich in den vergangenen Monaten bemüht, das gesamte Erscheinungsbild der Fraktion einheitlich, moderner und attraktiver zu gestalten. Dies sowohl bei den herausgegebenen Broschüren und Materialien, als auch bei durchgeführten Veranstaltungen. Hervorzuheben ist hier der Neujahrsempfang der Fraktion mit über 400 Gästen aus Vereinen, Verbänden, Politik, Wirtschaft und Kultur. Seit ca. einem Jahr tritt die Fraktion mit einem neuen Internetauftritt in Erscheinung, welcher zeitgemäßer, nutzerfreundlicher und zu großen Teilen barrierefrei ist. Neu ist auch der Newsletter der Fraktion, der nach jeder Landtagssitzung herausgegeben wird und vor allem bei unseren kommunalen MandatsträgerInnen auf reges Interesse stößt. Die Kontakte im Bereich der Geschäftsstelle zu Verbänden, Gewerkschaften, Vereinen und Unternehmen des Landes wurden weiter intensiviert und enger gestaltet. Einladungen in den Fraktionsvorstand, wie auch die vielen Arbeitsgespräche des Fraktionsvorsitzenden vor Ort und die Kreistouren unterstreichen dies. Mit den regelmäßigen Beratungen der Kreistagsfraktionsvorsitzendenkonferenz wurden die Kommunikation und gegenseitige Information verbessert und das gemeinsame Agieren bei manchmal auch unterschiedlichen Interessenslagen wesentlich konfliktfreier gestaltet.

Impressum

Herausgeber:
DIE LINKE. Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt
Domplatz 6 - 9, 39104 Magdeburg
Telefon: 0391 / 560 5003
Fax: 0391 / 560 5008
fraktion@dielinke.lt.sachsen-anhalt.de
www.dielinke-fraktion-lsa.de

V.i.S.d.P.: Dr. Thomas Drzisga
Redaktion: Dr. Martin Reso

Diese Veröffentlichung der Fraktion DIE LINKE im Landtag von Sachsen-Anhalt dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden.

Statistik

Initiativen mit Beteiligung der jeweiligen Fraktion

(Lesehinweis: ein Antrag der CDU + SPD zählt bei CDU und SPD)

Initiative	gesamt	CDU	SPD	FDP	DIE LINKE (+ Linkspartei.PDS)
Aktuelle Debatte	48	9	9	14	17
Alternativantrag	76	27	27	8	4
Antrag	322	71	70	86	181
Änderungsantrag	181	75	75	33	75
Befragung der Landesregierung	4	1	1	1	1
Berichterstattungsverlangen	2	-	-	1	1
Entschließungsantrag	16	10	10	2	7
Gesetzentwurf	129	17	17	12	16
Große Anfrage	15	1	2	1	11
Kleine Anfrage und Antwort	954	76	79	171	599
Mündliche Anfrage	162	8	7	24	122
Wahlvorschlag	13	7	8	4	5

in den oben genannten Initiativen sind enthalten:

Initiative	interfraktionell (CDU + SPD + FDP + DIE LINKE)
Antrag	15
Änderungsantrag	1
Entschließungsantrag	1
Gesetzentwurf	4
Wahlvorschlag	4

Quelle: Landtaginformationssystem Sachsen-Anhalt ([LISAN](#)); Stand: 26.10.2009